Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.10.2003
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:35 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Körner, Ralf	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Pick, Rafael	CDU (Berlin Steglitz-Zehlendorf, den)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (Berlin Steglitz-Zehlendorf, den)
Herr Timm, Peter	GRÜNE BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)
Herr Öztürk, Hilal	SPD (St. BD)

Vom Amt:

Bau Dez Hr. Stäglin
Bau L Herr Müller-Ettler
Hoch 1 Hr. Nowak
Tief 3 Hr. Stumpe
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll
BVV 4 Fr. Bossuyt, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

TOP 2 Sachstand Erstellung eines bezirklichen Gesamtradwegekonzeptes

TOP 3 Anträge

TOP 3.1 Fahrradstraße Havelchaussee
Drucksache: 77/II GRÜNE

TOP 3.2 Umsetzung der Anordnung - 30 km/h in der Garystraße
Drucksache: 628/II SPD

TOP 3.3 Umbau der dritten Etage im VHS-Standort Lichterfelde
Drucksache: 755/II FDP

TOP 3.4 Straßenbenennung
Drucksache: 775/II CDU

TOP 3.5 Verwendung der freiwerdenden Investitionsmittel
Drucksache: 815/II SPD

TOP 3.6 Wasserschaden Schwarztzsche Villa Nichtüberwachung der Gewährleistungszeit
Drucksache: 824/II GRÜNE

TOP 3.7 Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr durch den Nieritzweg
Drucksache: 853/II FDP

TOP 3.8 Entfernung von Graffiti an der Goethe-Oberschule in der Drakestraße
Drucksache: 854/II FDP

TOP 3.9 Spiegel für Straßeneinmündung
Drucksache: 859/II SPD

TOP 3.10 Blindengerechte Ampelanlage an der Kreuzung Schloß-/Albrecht-/Grunewaldstraße
Drucksache: 862/II (neu) SPD/CDU/GRÜNE

TOP 3.11 Tempo 30
Drucksache: 864/II SPD

TOP 3.12 Zebrastreifen Grunewaldstraße/Arminallee
Drucksache: 872/II GRÜNE

TOP 3.13 Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Lorzenz-/Mariannenstraße
Drucksache: 906/II CDU

TOP 3.14 Aktionstag 'In die Stadt ohne mein Auto'
Drucksache: 908/II BV Wagner

TOP 3.15 Sofortige Sicherungsmaßnahme Zinnowwaldschule
Drucksache: 915/II GRÜNE

TOP 3.16 Schulwegsicherung auf der Seydlitzstraße
Drucksache: 923/II FDP

TOP 4 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 5 Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger erschienen.

Der Ausschussvorsitzende informiert im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt über eine Anzahl von Bürgerschreiben zu dem in der Curtiusstraße vom Amt bereits genehmigten Lidl-Markt. Zwar sei die Behandlung dieses Vor-

habens eigentlich eine Angelegenheit des Stadtplanungsausschusses, doch habe das Projekt auch erhebliche verkehrliche Auswirkungen. Der Ausschuss beschließt, das Bauvorhaben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

zu 2 Sachstand Erstellung eines bezirklichen Gesamtradwegekonzeptes

Die Fraktionen von CDU, FDP und GRÜNE kritisieren, dass das Amt lediglich eine Aufstellung des vorhandenen Radwegenetzes geliefert, nicht jedoch ein auf die Zukunft gerichtetes Konzept entwickelt habe. Die Fraktion der SPD weist auf den großen Zeitaufwand hin, der mit der Erarbeitung eines solchen Konzeptes verbunden wäre. BzStR Stäglin bittet die Fraktionen um Kommentare, Fragen und Anregungen zum Inhalt der vorliegenden Unterlagen. Darüber hinaus bittet er um einen Ausschussantrag zur Entwicklung eines bezirklichen Gesamtradwegekonzeptes; erst dann könne das Amt offiziell im Sinne der Fraktionen tätig werden, alles andere seien nur konzeptionelle Überlegungen, die angestellt würden. Die Fraktion GRÜNE erklärt, sie würde einen solchen Ausschussantrag begrüßen; die CDU-Fraktion erklärt, ein solcher Antrag sei nicht nötig, da der Wunsch nach einem Radwegekonzept dem Amt auch so vermittelt werden könne. Die Fraktion der FDP äußert ihr Erstaunen, dass das Amt die Bitte um ein Konzept nicht gleich als Arbeitsauftrag verstanden hat. Die Fraktion der SPD erklärt, das Amt habe immer betont, es würde Wünsche der Fraktionen zum Radwegeplan entgegennehmen.
Der Ausschussvorsitzende erklärt, es bestehe einhellig der Wunsch, dass das Amt ein Radwegekonzept erarbeitet und vorlegt, ohne dass dies durch einen Ausschussantrag erfolgt. Er bittet das Amt im Namen des Ausschusses, in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern, wie es sich der Erarbeitung eines Konzeptes nähern will und danach das Konzept zu erarbeiten und vorzulegen.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Fahrradstraße Havelchaussee
Drucksache: 77/II GRÜNE

Der Antrag wird zurückgezogen.

BzStR Stäglin verteilt im Zusammenhang mit dem Inhalt des Antrags Kopien eines Urteils des Verwaltungsgerichts Berlin vom 17. Juli 2003 zur Radwegebenutzungspflicht.

zu 3.2 Umsetzung der Anordnung – 30 km/h in der Garystraße
Drucksache: 628/II SPD

BzStR Stäglin verteilt Kopien eines Schreibens der Straßenverkehrsbehörde vom 23.10.2003 mit dem Betreff „Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in der Garystraße“. Diese gelangt nach einer Nennung der Unfallzahlen in dieser Straße zu dem Schluss, dort sei „zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h erforderlich“ und bittet, diese „Anordnung nunmehr kurzfristig umzusetzen“, wozu das Amt nach § 45 Abs. 5 StVO verpflichtet sei. Er erklärt, das Amt müsse dieser Anordnung Folge leisten.

Die Fraktion der SPD erklärt, wenn das Amt der Anordnung Folge leistet, wäre ihr Antrag durch Amtshandeln erledigt. Die FDP-Fraktion bemängelt, dass in dem Schreiben die Unfallschwerpunkte in der Garystraße nicht genauer genannt werden. Die CDU-Fraktion erklärt, Ort und Art der Unfälle müssten bekannt sein, um über die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung urteilen zu können. Angesichts der Komplexität der Situation bittet sie um Vertagung des Antrags; zugleich bittet sie das Amt, der Bitte um Umsetzung der Anordnung bis zur nächsten Ausschusssitzung

nicht Folge zu leisten. BzStR Stäglin erklärt, er werde vom Rechtsamt prüfen lassen, ob eine Hinauszögerung der Umsetzung möglich ist.

Der Antrag wird vertagt.

zu 3.3 Umbau der dritten Etage im VHS-Standort Lichterfelde
Drucksache: 755/II FDP

Auf Bitten der Antrag stellenden FDP-Fraktion wird die Behandlung der Drucksache so lange vertagt, bis sich der ebenfalls mitberatende Ausschuss für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen damit befasst hat.

zu 3.4 Straßenbenennung
Drucksache: 775/II CDU

BzStR Stäglin weist auf die Namensgleichheit der John-F.-Kennedy-Allee mit dem John-F.-Kennedy-Platz im Bezirk Tempelhof-Schöneberg hin.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 10 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen angenommen.

zu 3.5 Verwendung der freiwerdenden Investitionsmittel
Drucksache: 815/II SPD

Der Ausschuss erklärt sich für nicht zuständig. Er bittet den Ältestenrat, die Überweisung in den Bau-Auschuss zurückzunehmen, für den die Behandlung dieser Drucksache damit erledigt sei.

zu 3.6 Wasserschaden Schwarztzsche Villa Nichtüberwachung der Gewährleistungszeit
Drucksache: 824/II GRÜNE

Auf Bitten von BzStR Stäglin ändert die Fraktion GRÜNE die Begründung ihres Antrags dahin gehend, dass aus dem 1. Satz die Passage „..und den Erläuterungen des zuständigen Stadtrates“ als unzutreffend gestrichen wird.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der Fassung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen vom 24.09.2003 - d.h. ohne die Begründung – mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.7 Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr durch den Nieritzweg
Drucksache: 853/II FDP

Der als Gast anwesende Herr Samulski von der Polizeidirektion 4 erklärt, es gebe im südlichen Bereich von Zehlendorf Mitte keine Entlastungsstraße, über die der Schwerlastverkehr bei einem Durchfahrverbot durch den Nieritzweg geführt werden könnte. Die Fraktion der CDU erklärt, bevor ein Verbot ausgesprochen wird, sollte zunächst geklärt werden, wohin sich der Schwerlastverkehr dann verlagern würde. Ein Verbot reiche nicht aus, wenn nicht zugleich Alternativrouten genannt würden. Die Fraktion der SPD regt an, im Nieritzweg zunächst Hinweisschilder zur Verkehrslenkung aufzustellen, statt gleich ein Verbot auszusprechen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei drei Enthaltungen angenommen.

zu 3.8 Entfernung von Graffiti an der Goethe-Oberschule in der Drakestraße
Drucksache: 854/II FDP

Hoch 1 Hr. Nowak erklärt, eine Überprüfung habe ergeben, dass der Putz an der Außenmauer der Goethe-Oberschule größtenteils noch tragfähig sei, so dass nach einer vorbereitenden Behandlung ein neuer Anstrich aufgebracht werden könnte. Die Fraktionen von CDU und FDP weisen auf die Wichtigkeit des äußeren Erscheinungsbildes einer Schule hin und erklären, dass Graffiti an Schulmauern auch aus pädagogischen Gründen nicht geduldet werden sollten. Die SPD-Fraktion erklärt, das Geld sollte lieber dazu verwandt werden, die Toiletten in der Schule zu sanieren. Allerdings sollten die Graffiti entfernt werden, wobei es pädagogisch vorteilhaft sei, wenn dies von der Schule mit eigenen finanziellen und personellen Mitteln (Eltern) gemacht würde.

Der Antrag wird wie folgt geändert:
„Das Bezirksamt wird ersucht, den durch Graffiti stark „verzierten“ Mauerwerksputz der Außenmauer der Goethe-Oberschule so instandzusetzen, dass eine Wiederherstellung des Anstrichs in Eigenarbeit möglich ist.“
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.9 Spiegel für Straßeneinmündung
Drucksache: 859/II SPD

Herr Samulski von der Polizeidirektion 4 erklärt, dass aufgrund der örtlichen verkehrlichen Gegebenheiten keine Notwendigkeit für die Aufstellung von Spiegeln an den im Antrag genannten Stellen besteht. Außerdem sei in der Goertzallee die Einrichtung zweier neuer Ampelanlagen geplant.

In Hinblick auf eine Prüfung der hierdurch entstehenden Situation wird der Antrag vertagt.

zu 3.10 Blindengerechte Ampelanlage an der Kreuzung Schloß-/Albrecht-/Grunewaldstraße
Drucksache: 862/II (neu) SPD/CDU/GRÜNE

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.11 Tempo 30
Drucksache: 864/II SPD

Die SPD-Fraktion erklärt, der Verkehr habe in dem im Antrag genannten Bereich erheblich zugenommen, so dass dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h notwendig sei. Die CDU-Fraktion erklärt, für Autofahrer müsste die Notwendigkeit von Tempo-30-Zonen – z.B. vor Schulen – ersichtlich sein. Dies sei bei der Einbeziehung ganzer Straßenzüge nicht der Fall.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 3.12 Zebrastreifen Grunewaldstraße/Arminallee
Drucksache: 872/II GRÜNE

BzStR Stäglin erklärt, dass der Antrag vom Amt unterstützt wird. Angesichts der problematischen Situation an der im Antrag genannten Stelle (- ein Zebrastreifen

mitten in einer Kurve könnte sich für querende Fußgänger als gefährlich erweisen -) spricht sich der Ausschuss einmütig dafür aus, den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln. Zugleich solle im Betreff und Text des Antrags die falsche Ortsangabe „Grunewaldstraße“ durch „Königin-Luise-Straße“ ersetzt werden.

Der erste Satz des Antrags wird wie folgt geändert: „Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen für eine Prüfung einzusetzen, ob an der Königin-Luise-Straße Ecke Arnimallee ein Fußgängerüberweg eingerichtet wird“.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.13 Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung in der Lorzenz-/Mariannenstraße
Drucksache: 906/II CDU

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.14 Aktionstag 'In die Stadt ohne mein Auto'
Drucksache: 908/II BV Wagner

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 3.15 Sofortige Sicherungsmaßnahme Zinnowwaldschule
Drucksache: 915/II GRÜNE

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.16 Schulwegsicherung auf der Seydlitzstraße
Drucksache: 923/II FDP

BzStR Stäglin erklärt, dass die vorhandene Markierung von den Autofahrern oft einfach ignoriert oder zugeparkt werde. Die FDP-Fraktion verteilt einen Lageplan der im Antrag genannten Stelle und erläutert die Auswirkung der verkehrlichen Situation auf die Schüler, die an dieser Stelle die Straße überqueren wollen.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 4 Bericht aus dem Bezirksamt

1. BzStR Stäglin erklärt, er werde den Mitgliedern des Ausschusses mit der Einladung zur nächsten Sitzung Kopien von zwei Artikeln der Zeitschrift „Wohnen in Berlin“ zukommen lassen, die sich mit Verkehrsschildern in der Ahornstraße bzw. einem unbenutzbaren Fahrradständer im Einzugsbereich der Schloßstraße befassen.

2. Bezug nehmend auf den Beschluss Nr. 402 (Drs. Nr. 516/II) berichtet BzStR Stäglin, dass das Tiefbauamt für einen möglichen neuen Standort des Kiosks am Hüttenweg am Kronprinzessinnenweg / Ecke Havelchaussee die entsprechenden Stellungnahmen des Polizeipräsidenten, des Stadtplanungsamtes und des Naturschutz- und Grünflächenamtes eingeholt hat. Der Polizeipräsident erhebt aus verkehrlichen Gründen keine Bedenken, während das Stadtplanungsamt und das NG dem Standort nicht zustimmen. Das NG habe mitgeteilt, dass innerhalb von Landschaftsschutzgebieten keine

Ausnahmegenehmigungen für Imbiss-/ Handelsstände erteilt werden. Die Existenz eines Kiosks bedeute immer, dass in der Nachbarschaft verstärkt geparkt werde.

Die Fraktion der FDP erklärt, wenn das Amt schon die Möglichkeit eines Kiosks am Kronprinzessinnenweg / Ecke Havelchaussee ins Auge fasst, dann sollte geprüft werden, ob der Verkaufsstand nicht gleich am alten Standort bleiben kann, zumal die Existenz eines mit Personal besetzten Kiosks dort auch eine gewisse Sicherheit für Jogger und parkende Autos bieten würde.

3. Mit Schreiben vom 8.9.2003 hat die Straßenverkehrsbehörde im Oberhofer Weg zwischen Pößnecker Weg und Hildburghauser Straße eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h sowie an den Einmündungen der Geraer Straße in den Oberhofer Weg Haltelinien (VZ 294) entsprechend dem BVV-Beschluss 311 angeordnet. Die Anordnung soll nunmehr umgehend umgesetzt werden.

4. Nach Abstimmung mit SenStadt über den Inhalt einer Machbarkeitsstudie zur Kreisel-Sanierung wurde im Bundesausschreibungsblatt vom 19.09.2003 der öffentliche Teilnahmewettbewerb für diese Studie veröffentlicht, um einen möglichst großen, überregionalen Bieterkreis anzusprechen. Die Bewerbungsfrist lief bis 10. Oktober 2003. Die beim Bezirksamt eingegangenen Bewerbungen werden z.Zt. ausgewertet. Anschießend sollen die fünf bis acht geeignetsten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.

5. Im Bauausschuss am 11.9.2003 berichtete der Inhaber des „Böhmischen Gasthauses“an der Lindenthaler Allee / Ecke Potsdamer Chaussee über das neu eingerichtete Halteverbot vor seinen Geschäftsräumen und beklagte den dadurch entstandenen Wegfall von Parkmöglichkeiten für seine Gäste. Die Straßenverkehrsbehörde habe inzwischen angeordnet, das Halteverbot auf der gegenüberliegenden Straßenseite zeitlich zu befristen (Mo. – Fr. / bis 18 Uhr). Die Verkehrszeichen wurden am 30.9.2003 geändert.

6. Nachdem die FDP-Fraktion im Bauausschuss auf Schäden an den Blindenleitplatten im Bereich der Lichtsignalanlage Ostpreußendamm / Königsberger Straße hingewiesen hatte, gelang es dem Tiefbauamt, die Herstellerfirma dazu zu bewegen, wegen „versteckter Mängel“ die Kosten für das inzwischen vollzogene Auswechseln der geschädigten Blindenleitplatten zu übernehmen.

7. BzStR Stäglin weist auf sein Schreiben vom 23.10.2003 zum „Mittelabfluss im Baubereich“ hin, das dem Ausschussvorsitzenden BV Körner heute zugegangen sei. Dieser erklärt, er werde es den Mitgliedern des Ausschusses zusammen mit der Einladung zur nächsten Sitzung zukommen lassen.

zu 5 Verschiedenes

1. Die CDU-Fraktion bittet BzStR Stäglin, in der nächsten Ausschusssitzung über Pläne der S-Bahn zu Streckenstilllegungen zu berichten.

2. Die CDU-Fraktion bittet BzStR Stäglin um einen Sachstandsbericht zu den Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule in der Curtiusstraße, insbesondere am Sportdeck.

3. Die SPD-Fraktion berichtet, dass derzeit die Lärmschutzwände an der Anhalterbahn errichtet werden und regt an, dass die Mitglieder des Ausschusses in

Begleitung von Vertretern der Deutschen Bahn dort eine Erkundungswanderung vornehmen. Die anderen Fraktionen stehen dem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber, erklären jedoch, dass diese Begehung außerhalb einer Ausschuss-sitzung stattfinden solle. Bau L Hr. Müller-Ettler wird bei der Bahn wegen eines Termins im Frühjahr 2004 nachfragen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 12.11.2003

Körner
Ausschusvorsitzender

Kühnast
Schriftführer

Beglaubigt: